

Lisa Hesse arbeitet bei einer lokalen NGO in Bangkok und hat International Humanitarian Assistance an der Ruhr-Universität Bochum studiert.

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

■ Proteste gegen Amnestie-Gesetz zeigen Wirkung

Anfang November 2013 wurde in Bangkok das umstrittene Amnestie-Gesetz vom Repräsentantenhaus verabschiedet, das von vielen als Freischein für jene gesehen wird, die an den politischen Unruhen, die seit 2004 in Thailand herrschen, beteiligt waren. Nur wenige Tage später wurde es jedoch von Premierministerin Yingluck auf Grund der immensen Proteste wieder gekippt. Es

hätte vor allem jene begünstigt, die auf Grund politischer Korruptionsfälle verklagt wurden, darunter auch den ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra, der wegen Betrug verurteilt wurde, die Haftstrafe jedoch nie antrat. Während die derzeitige Regierung proklamiert, dass das Gesetz zur Aussöhnung zwischen den beiden Lagern der ›Rothemden‹ und ›Gelbhemden‹ beitragen würde,

sehen viele in der Gesetzesinitiative lediglich einen weiteren Beweis dafür, dass Politiker sich von der breiten Masse der Bevölkerung durch Schuldlerlass absetzen und eine wirkliche politische Aussöhnung nicht stattfindet, vor allem nicht auf breiter politischer Ebene.

Bangkok Post 1.11.2013

NTV 7.11.2013

■ Proteste gegen Freihandelsabkommen

Ende September 2013 fand in Chiang Mai die zweite Gesprächsrunde zur Errichtung eines Freihandelsabkommens zwischen Thailand und der Europäischen Union statt. Circa 500 AktivistInnen protestierten dagegen. Sie fürchten vor allem die Negativauswirkungen, die entstünden, wenn auch Rechte auf geistiges Eigentum (TRIPS) mit in das Abkommen aufgenommen würden. Gingen diese nämlich über die Vereinbarungen hinaus, die Thailand innerhalb der Welthandelsorganisation unterschrieben hat, würde dies direkten Einfluss auf die Beschaffung von Generika haben. Die Protes-

tierenden forderten auch, dass es keine Neuregelungen geben dürfe, nach denen Pharmaunternehmen in nicht-öffentlichen Schiedsverfahren Abkommen mit der Regierung treffen, die ihren Absatzmarkt in Thailand vergrößern, den Zugang zu Medikamenten jedoch erschweren würden. Seit 2002 besteht in Thailand das ›universal health care system‹, das 99 Prozent der thailändischen Bevölkerung den Zugang zu Generika ermöglicht. Dieses System würde massiv eingeschränkt werden. Angesichts der Eröffnung der ASEAN-Freihandelszone ab 2015, aufgrund derer mit einem mas-

siven Zustrom an Arbeitskräften aus den Nachbarländern gerechnet wird, ist die Vergabe günstiger HIV/Aids Generika fundamental. Da viele MigrantInnen nicht unter das universal health care system fallen, jedoch zu den HIV/Aids-Risikogruppen zählen, würden sich viele von ihnen eine Erhöhung der Behandlungskosten nicht leisten können. Ohnehin wird Thailand zukünftig im Bereich der öffentlichen Gesundheit angesichts der hohen Zahl nichtregistrierter MigrantInnen Herausforderungen gegenüberstehen.

Bangkok Post 19.9.2013

■ Medien nicht effektiv bei der Korruptionsbekämpfung

Als Anfang Oktober 2013 eine Rekordhöhe der Korruption auf sämtlichen politischen Ebenen Thailands veröffentlicht worden war, wurden auch die thailändischen Medien kritisiert. Laut Sprechern der Anti-Korruptions-Organisation Thailand (ACT) sei die Korruption in Thailand während der letzten drei Jahre immens gestiegen und würde nun eine kritische Grenze erreichen, wobei die Medien dabei versagt hätten, die Öffentlichkeit ausreichend über Korruptionsvorfälle

zu informieren. Zwar wird Aufklärung der Zivilgesellschaft vermehrt von NGOs und AktivistInnen betrieben, JournalistInnen und Mediengesellschaften fürchten jedoch immer noch zu häufig die Macht von Politik und Großunternehmen. Besonders Letztere erhoben in der Vergangenheit zunehmend Verleumdungsklagen gegen JournalistInnen, so im September 2013, als die Telecom Thailand einen Journalisten verklagte, der sich kritisch gegenüber ihrer Firmenpolitik geäußert

hatte. Der Vorsitzende der ACT äußerte dazu, dass eine Änderung dieser ›Kultur‹ in Thailand in Sicht sei, insbesondere durch den Druck verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure in Wirtschaft und Politik, indem sie Fälle publik machten. Erst Anfang 2013 war Thailand im Ranking des Freedom Houses bezüglich seiner Pressefreiheit von ›teilweise frei‹ auf ›nicht frei‹ herabgesetzt worden.

The Nation 2.11.2013

The Carillon online 3.10.2013